



Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herr André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40211 Düsseldorf



12. Oktober 2017
Seite 1 von 1

Melanie Bach
Telefon 0211 855-2312
Telefax 0211 855-2670
melanie.bach@mkffi.nrw.de

**2. Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 28.
September 2017**

**TOP 1: Politische Schwerpunkte der Familien-, Kinder- und Ju-
gendpolitik in der 17. Wahlperiode**

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der o.g. Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
wurde eine schriftliche Dokumentation meiner Rede angefordert.

Hiermit übersende ich Ihnen 60 Exemplare mit der Bitte, diese an die
Mitglieder des Ausschusses weiterzuleiten

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Joachim Stamp MdL

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkffi.nrw.de
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 708, 709
Haltestelle Poststraße



Minister Dr. Joachim Stamp

**Politische Schwerpunkte der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik
17. Wahlperiode**

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
28. September 2017**

Es gilt das gesprochene Wort!

Ich verstehe mein Ministerium als „Chancenministerium“.

Es geht mir um beste Chancen von Anfang an – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.

Dabei sind starke Familien das beste Fundament für gelingende individuelle Biografien, wenn sie Liebe und Geborgenheit bieten.

Sie sind auch das beste Fundament für eine fortschrittsorientierte Gesellschaft und für eine stabile Demokratie, die im Wandel nicht ins Wanken gerät.

Damit Familien stark sein können, müssen sie sich entfalten können, in ihrer ganzen Vielfalt, frei und gleichberechtigt.

Darauf muss gute Familienpolitik zielen. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Familien wissen in der Regel selbst, wie sie ihr Leben am besten gestalten, ihren Alltag am besten managen. Geben wir ihnen die Möglichkeiten, dies auch selbstbestimmt tun zu können.

Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Eine Mehrheit der Eltern in NRW wünscht sich eine freiere und partnerschaftlichere Aufteilung von familiären und beruflichen Aufgaben. Ich selber habe fast zwei Jahre Elternzeit in meiner persönlichen Biographie.

Und viele Arbeitgeber in NRW haben das erfreulicherweise auch schon erkannt. Sie tragen mit unterschiedlichsten Ideen und Ansätzen dazu bei, mehr Flexibilität und damit mehr Familienfreundlichkeit im Arbeitsleben zu ermöglichen.

Solche Ansätze wollen wir fördern und dabei auch den Informationsaustausch unter den Unternehmen noch besser organisieren. Konkret werden wir deshalb die Aktionsplattform familie@beruf.NRW – die das Land als Forum für diesen Informationsaustausch zur Verfügung stellt – 2018 neu strukturieren.

Ziel dieser Neustrukturierung wird in erster Linie sein, neben Multiplikatoren wieder mehr Unternehmen zu erreichen.

Ich möchte dabei auch intensiver diskutieren, wie die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung besser genutzt werden können. Mein Eindruck ist, dass hier noch vieles im Argen liegt und wir uns noch nicht bewusst sind, welche Chancen und Risiken die Digitalisierung bietet.

Wir sollten Familien das Leben nicht schwerer machen durch starre Rollenbilder und Überregulierung. Wir sollten es ihnen leichter machen durch Gestaltungsspielräume.

Viele Arbeitnehmer – gerade unter den Jüngeren – wünschen sich ein freieres Arbeiten, das effizienter, mobiler, flexibler und gestaltungsorientierter ausgerichtet ist.

Im Zuge der Digitalisierung werden wir auch immer stärker genau solche Fertigkeiten brauchen.

Hier sind die Synergien zwischen fortschrittlicher Gesellschaftspolitik und innovativer Wirtschaftspolitik aus meiner Sicht noch lange nicht ausgereizt. Daran will ich arbeiten, und das wird auch eine Zielsetzung hier im Ausschuss sein.

Zur freien Entfaltung von Familien gehört dabei auch, dass wir die Väter unterstützen. Sie wollen verstärkt Elternzeit, flexible Arbeitszeiten und vollzeitnahe Teilzeit in Anspruch nehmen.

Wunsch und Wirklichkeit liegen dabei offensichtlich immer noch weit auseinander, wie alle gängigen Studien zeigen. Auch hier werden wir für mehr Offenheit und für fortschrittliche neue Modelle bei den Arbeitgebern werben.

NRW kann und NRW muss familienfreundlicher werden.

Aufgabe des Landes ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alle Familien gute Entwicklungsperspektiven haben. Und die Vielzahl unterschiedlicher Förderleistungen des Landes ist Ausdruck dieser politischen Gestaltungsaufgabe. Sie darf aber nicht zum undurchdringlichen „Förderdschungel“ werden. Wir brauchen deshalb eine genaue Bestandsaufnahme der Förderleistungen.

Wir wollen ergebnisoffene Evaluationen der familienpolitischen Leistungen und Fördertöpfe des Landes vornehmen. Sie sollen aufzeigen, wie wirksam und effektiv die einzelnen Maßnahmen tatsächlich sind, damit wir dann auch gemeinsam überlegen können, wie wir hier weiter steuern.

Schwerpunkte werden vor allem die quantitative und qualitative Erforschung der Familienzentren, der Familienbildung und der Familienberatung sein.

Ziele sind: ein bedarfsgerechter Ausbau, eine qualitative Weiterentwicklung und eine Verbesserung der finanziellen Förderung.

Eine besondere Maßnahme zur Verbesserung familienpolitischer Leistungen, die wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, ist die Unterstützung von Familien mit unerfülltem Kinderwunsch.

Wir wollen die Selbstbestimmung beim individuellen Kinderwunsch stärken. Viele Menschen können sich eine langwierige Behandlung nicht leisten, wir wollen deshalb perspektivisch den Zugang zur Reproduktionsmedizin für alle Paare mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern.

Die Familienerholung ist ein zweites neues Thema, das wir uns vornehmen werden. Gemeinsam mit den entsprechenden Trägern werden wir Konzepte erarbeiten, wie wir Familienerholung auch Familien mit geringem Einkommen ermöglichen können.

Kontinuierlich weiterarbeiten werden wir an der Umsetzung des reformierten Unterhaltsvorschussgesetzes.

Die neue Landesregierung hat sich darauf verständigt, dass sich die Kommunen in NRW zukünftig zu einem geringeren Anteil als bisher an den Kosten des UVG beteiligen sollen. In Zukunft wird ihr Finanzierungsanteil statt 53,3 % nur noch 30 % betragen.

Außerdem wollen wir Mitte 2019 den Rückgriff beim Unterhaltsschuldner auf Landesebene zentralisieren. Sie wissen alle, dass wir hier regional sehr deutliche Unterschiede haben.

Weiterarbeiten werden wir auch an der Evaluation des Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (AG SchKG).

Wir werden die Ergebnisse der Evaluation mit den Trägern beraten und danach dem Landtag vorstellen.

Wir stehen für die Wertschätzung von Vielfalt. Dazu gehört selbstverständlich die Wertschätzung für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt.

Dass das Thema LSBTI* – wir haben uns entschieden, hier bei dieser Abkürzung zu bleiben – wieder im Familienministerium angesiedelt worden ist, dass wir es auch in der Familienabteilung haben, ist in diesem Zusammenhang als bewusstes politisches Statement für die Gleichstellung zu verstehen.

Ich habe mich über den Beschluss des Deutschen Bundestages zur „Ehe für alle“ sehr gefreut.

Es ist aber auch klar: Dieser Beschluss kann die Lebenswirklichkeit von LSBTI*-Menschen nicht über Nacht verändern.

Herabwürdigung, Ausgrenzung und Gewalt gehören leider nach wie vor – auch – zu ihrer Realität.

Dem müssen wir mit aller Konsequenz entgentreten.

Menschen dürfen nicht wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden.

Dafür werden wir uns einsetzen, das ist mir ein ganz persönliches Anliegen.

Wir wollen dabei auch neue Initiativen für Gleichstellung und Akzeptanz entwickeln – gemeinsam mit den sehr engagierten und kompetenten Akteurinnen und Akteuren der LSBTI*-Community.

Es ist ein zentrales Ziel der Landesregierung, die Bildungschancen unserer Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft – zu verbessern.

Wir wollen allen Kindern in Nordrhein-Westfalen gute Startchancen ermöglichen. Und dabei ist eine starke frühkindliche Bildung unverzichtbar.

Und dafür, das will ich ganz deutlich sagen, brauchen wir größere Anstrengungen in Nordrhein-Westfalen. Und wir wissen auch, dass das große Herausforderungen mit sich bringt – sowohl bei den Kommunen, den Trägern, als auch bei uns im Hause in der Landesregierung.

Die Situation vieler Kitaträger in Nordrhein-Westfalen ist dramatisch.

Seit langem ist bekannt, dass die Steigerungsraten bei den Kindpauschalen unzureichend sind.

Ebenso klar ist, dass die Überbrückungsfinanzierung der Vorgängerregierung nicht ausreicht. Die Misere konnte so nicht beseitigt werden.

Wir wollen den Kitas deshalb mit einem Kita-Rettungsprogramm noch in diesem Jahr Landesmittel in beträchtlicher Höhe für die Kindergartenjahre 2017/2018 und 2018/2019 zur Verfügung stellen.

Diese Woche hat das Kabinett den Gesetzentwurf eines „Gesetzes zur Rettung der Trägervielfalt von Kindertageseinrichtungen in NRW“ beschlossen.

Und ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, dass wir ein Rettungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von einer halben Milliarde Euro nun in das parlamentarische Verfahren einbringen.

Seit heute liegt Ihnen der Gesetzentwurf vor.

Mit dieser Gesetzesänderung wollen wir die unmittelbare finanzielle Not der Kita-Träger noch in diesem Jahr abwenden. Wir wollen Kita-Schließungen verhindern. Und wir wollen die für alle – Kinder, Eltern, Träger und Kommunen – wichtige Vielfalt der Kindergartenlandschaft in Nordrhein-Westfalen erhalten.

Die äußerst angespannte finanzielle Situation muss kurzfristig stabilisiert werden. Um dem fortschreitenden Rückzug von Trägern entgegenzuwirken, werden wir die 500 Mio. Euro unbürokratisch durch Einmalzahlungen allen Kitas zur Verfügung stellen.

Die derzeitige Unterfinanzierung des Kita-Finanzierungssystems führt nicht nur zur Existenznot von Kitas. Die Unterfinanzierung führt auch flächendeckend zu Personaleinsparungen zulasten der Betreuungsqualität. Und sie hat Auswirkungen auf den weiteren Ausbau der Betreuungsplätze.

Deshalb unterstützen wir mit dem Kita-Träger-Rettungsprogramm auch alle Träger in NRW.

Die Mittel für das Rettungsprogramm werden mit dem Nachtragshaushalt 2017 zur Verfügung gestellt.

Ich bitte Sie, unterstützen Sie das Rettungsprogramm und tragen Sie dazu bei, dass es noch in diesem Jahr verabschiedet werden kann.

Die Kitas brauchen Planungssicherheit – und zwar jetzt.

Dafür ist das Kita-Rettungsprogramm ein wesentlicher Baustein – ein wichtiger Schritt, damit die Unterfinanzierung der frühkindlichen Bildung in NRW beendet wird.

Wir wissen jedoch auch, dass dies nur eine erste Maßnahme sein kann.

In einem zweiten Schritt werden wir für eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung sorgen und das Kinderbildungsgesetz reformieren – in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren im Land, und dazu gehören ausdrücklich auch die Fraktionen des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

Die Ausgestaltung dieses Schrittes wird ein weiterer Kraftakt, ich habe das eben schon angedeutet, und wir stehen bereits in intensiven Gespräche und kontroversen Debatten über die Kita-Finanzierung. Am Ende dieses Prozesses wird eine Finanzarchitektur stehen müssen, mit der die Träger wieder verlässlich planen können.

Wenn wir dieses Ziel erreicht haben, werden wir uns noch einmal präzise anschauen, wie wir zu weiteren Qualitätsverbesserungen kommen. Und in der vierten Phase wollen wir uns dann damit beschäftigen, wie wir die Öffnungszeiten flexibilisieren können. Dazu wird es aber bis zu diesem Zeitpunkt bereits den einen oder anderen Piloten geben, damit wir dann nicht bei Null anfangen, sondern dann schon auf entsprechende Erfahrungen zurückgreifen können.

Beim Ausbau der Kindertagesbetreuungsplätze werden wir die Träger weiter unterstützen, auch über die Stabilisierung durch des Kita-Rettungsprogramm hinaus.

Für das laufende Kindergartenjahr 2017/2018 haben die Jugendämter insgesamt 179.472 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren angemeldet, doch es ist absehbar, dass diese Plätze nicht ausreichen. Die Geburtenzahlen steigen, was grundsätzlich eine erfreuliche Entwicklung ist. Und auch für die Kinder aus geflüchteten Familien brauchen wir weitere Plätze.

Wir werden deshalb weiter in den Ausbau der Betreuungsplätze investieren.

Insgesamt stehen dafür in den kommenden Jahren rund 280 Mio. Euro an Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung.

Mit der neuen Förderrichtlinie, die im August veröffentlicht wurde, haben wir außerdem die Bemessungsgrundlage für die Förderhöchstbeträge für Neubauten deutlich angehoben. Damit entlasten wir Träger von ihren Eigenanteilen. Einen Teil der Mittel stellen wir außerdem für den Erhalt und damit für die Zukunftssicherung von bestehenden Plätzen zur Verfügung.

Eine große Bedeutung für die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen, aber auch insgesamt für die Familien, haben die Familienzentren, und ich denke, ihre Bedeutung wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter wachsen.

Gerade bei der frühen Förderung junger Familien haben sie eine Schlüsselstellung.

Sie sind erfolgreiche Präventionsmodelle und unverzichtbar, wenn es darum geht, Kindern bestmögliche Startchancen zu eröffnen.

Sie sind aber genauso unverzichtbar bei der Förderung der Erziehungs- und Bildungskompetenz der Eltern.

2006 wurde in NRW damit begonnen, Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren auszubauen. Diese Erfolgsgeschichte möchten wir fortsetzen.

Wir wollen deshalb unsere derzeit fast 2.500 Familienzentren weiter ausbauen. Die besondere Verantwortung für Kinder und Familien in benachteiligten Gebieten nehmen wir an.

Beste frühkindliche Bildung – das heißt auch beste Integrationschancen von Anfang an.

Es ist uns wichtig, dass wir Flüchtlingsfamilien den Zugang zu institutionalisierten Formen der Kindertagesbetreuung erleichtern. Wir müssen hier Hürden abbauen mit niedrigschwelligen Angeboten, deshalb werden wir auch aus den Mitteln für die „Kinderbetreuung in besonderen Fällen“ die sogenannten Brückenprojekte – die eine sehr positive Resonanz erfahren – weiter unterstützen.

Auch der Beratungsbedarf des Betreuungspersonals in den Kindertageseinrichtungen zu diesem Thema ist nach wie vor hoch.

Aus diesem Grund werden wir auch weiter fachliche Angebote für den Umgang mit Kindern mit belastenden Erfahrungen fördern und für die Fachkräfte bereitstellen.

Ein Punkt, der mir immer sehr wichtig gewesen ist, ist die Sprache, weil Sprache der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe ist.

Daher wollen wir alltagsintegrierte Sprachbildung so weiterentwickeln, dass die Förderung verbindlich sichergestellt ist und unsere Kinder bei Einschulung auf einem Sprachniveau sind, das ihnen ermöglicht, am Unterricht von Anfang an teilzuhaben.

Wir wissen, dass die alltagsintegrierte Sprachbildung hervorragend ausgeübt wird, aber an manchen Stellen auch kaum zur Geltung kommt. Und für uns ist es wichtig, dass wir dafür sorgen, dass das notwendige Sprachniveau flächendeckend gesichert ist, damit alle Kinder von Anfang an beste Startchancen in der Grundschule haben.

Dazu wollen wir mit den Trägern ein Konzept entwickeln, das das Sprachniveau aller Vierjährigen sinnvoll ermittelt, um jedem Kind eine effektive Sprachbildung zu ermöglichen. Dazu werden wir uns auch gute Beispiele aus den Kommunen anschauen.

Kinderschutz und Prävention sind ein wichtiges Thema. Und im Bereich der Frühen Hilfen setzen wir gezielt auf soziale Prävention.

Kommende Woche tritt die neue Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung „Bundesfonds Frühe Hilfen“ in Kraft.

Nordrhein-Westfalen erhält nach wie vor jährlich über 10 Mio. Euro, und die in meinem Haus verortete Landeskoordinierungsstelle kann damit weiterhin eine flächendeckende Partizipation der Kommunen ermöglichen und die Qualität in den Frühen Hilfen sichern und weiterentwickeln.

Darüber hinaus werden wir den Weg der vorbeugend ausgerichteten Politik fortsetzen.

Unser Ziel ist ein strukturiertes, systematisches Gesamtkonzept. Es soll den präventiven und intervenierenden Kinderschutz auf breiter Ebene in NRW in den Blick nehmen.

Die Landesregierung will die Prävention überall in Nordrhein-Westfalen stärken. Und gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Unterstützungssysteme besser und dichter knüpfen, die kommunalen Präventionsketten.

Wir wollen durch integrierte Handlungsansätze tatsächliche Erfolge bei der Bekämpfung negativer Folgen von Kinderarmut erzielen. Und dafür müssen wir in der Präventionsarbeit vom Projektcharakter wegkommen und sie stattdessen flächendeckend und nachhaltig gut aufstellen.

Wir haben jetzt zunächst dafür gesorgt, dass die Zusagen der vorherigen Landesregierung gegenüber den Modellkommunen zu Projektdauer und Finanzierung auch tatsächlich eingehalten werden.

2018 wird es dann eine Entscheidung darüber geben, wie eine wirksame, flächendeckende und dauerhafte Prävention in NRW konkret aussehen kann.

Mir ist sehr wichtig, dass man Projekte einer Vorgängerregierung nicht von einem Tag auf den anderen kappt, nur weil sie von der Vorgängerregierung kommen. Sondern uns ist es wichtig, dass wir sie genau und präzise evaluieren, damit wir dann auch die Anpassungen vornehmen können, die richtig und wichtig sind, damit es den Kindern auch tatsächlich vor Ort zugutekommt.

Deshalb werden wir diese Entscheidung auf Grundlage einer Bilanz einschließlich einer wissenschaftlichen Evaluation treffen – und im engen Austausch mit den Kommunen und den weiteren Partnern im Bereich Prävention.

Die Bekämpfung der Kinderarmut bleibt ein wichtiges Ziel in Nordrhein-Westfalen. Wir sind noch nicht dort angekommen, wo wir hinwollen, und Prävention und Frühe Hilfen bleiben wichtig.

Wir brauchen aber weniger blumige Slogans, sondern eine dauerhaft tragfähige Weiterentwicklung im Präventionsbereich.

Wir wollen weniger PR-Sprech und mehr pragmatische Politik für die Kinder vor Ort. Wir brauchen mehr konkrete, wirkungsvolle Unterstützung für die Familien in Nordrhein-Westfalen.

Ich bin dabei fest davon überzeugt, dass wir in der Präventionspolitik – und auch insgesamt in der Kinder- und Jugendhilfe – durch den neuen Zuschnitt des Ministeriums neue, dringend nötige Impulse geben können. Kinderarmut – und damit auch Armut an Chancen – hat nämlich viel zu oft das Gesicht eines Kindes mit Einwanderungsgeschichte.

Was die Kinder- und Jugendhilfe im Kontext Migration und Integration leisten kann, das ist uns zuletzt beim Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sehr anschaulich vor Augen geführt worden.

Die Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen auf alle Jugendämter in NRW war ein Kraftakt. Aber er hat sich gelohnt. Wir haben heute eine geordnete und entspanntere Lage. Erinnern Sie sich daran, wie es vor zwei Jahren aussah. Die Jugendämter und Freien Träger der Jugendhilfe haben hier tatsächlich Großartiges geleistet.

Wichtig war dabei auch der Konsens, der hier im Landtag zu dieser Frage gefunden wurde. Und wichtig war und bleibt auch der bewährte und kontinuierlich geführte Dialog mit den beteiligten Akteuren. Diesen Dialog werden wir fortsetzen.

Das Thema „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ war in den vergangenen zwei Jahren geprägt von neuen Verfahren, von der Umsetzung der neuen Gesetze. Es gab und gibt dabei zahlreiche Schnittstellen auch zu anderen Rechtsbereichen, und mit dem neuen Zuschnitt meines Hauses haben wir jetzt gerade für diese Zielgruppe sicherlich bessere Möglichkeiten.

Wir können jetzt diese rechtlichen Schnittstellen noch besser bearbeiten und gute Rahmenbedingungen für die Kommunen und Träger entwickeln.

Ich sage das auch dazu, weil es eine große Herausforderung ist, die große Mehrzahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die sich anstrengen, die Teil unserer Gesellschaft werden wollen, entsprechend zu fördern.

Wir müssen aber auch die kleine Gruppe unter den unbegleiteten Minderjährigen stärker in den Fokus nehmen, die der Jugendhilfe vor Ort teilweise erhebliche Schwierigkeiten bereitet – sie auch begreiflicherweise überfordert, und durch intensive Straffälligkeit und auch die Ablehnung von Integrationsangeboten belastet.

Hier brauchen wir bessere Lösungen, und daran werden wir arbeiten, das kann auch eine gezielte und natürlich begleitete Rückführung sein.

Die Unterstützung jugendlicher Geflüchteter ist mir insgesamt sehr wichtig.

Die Jugendhilfe – besonders auch die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit – kann aus meiner Sicht vor allem auch in der Wertevermittlung viel beitragen zu gelingender Integration. Und dieses große Potential der Jugendhilfe für diese wichtige Zielgruppe der Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte können wir noch viel stärker nutzen.

Deshalb werden wir jetzt auch eine Offensive zur Wertevermittlung starten.

Wir brauchen eine gesellschaftliche Wertedebatte zur Integration. Und das ist eine Debatte, die sich sowohl an diejenigen wendet, die zu uns gekommen sind, als auch an die Mehrheitsgesellschaft, die die Voraussetzungen auch für eine aktive Aufnahme bereitstellen muss. Und dabei werden wir von Anfang an eben auch die Jüngeren mit einbeziehen.

Die Kinder- und Jugendhilfe steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Und die Integration ist dafür nur ein Beispiel.

Die fortschreitende Digitalisierung, der demografische Wandel oder auch neue Formen von politischer und religiöser Indoktrination sind weitere Beispiele. Wir haben heute ja auch das Thema Salafismusprävention wieder auf der Tagesordnung.

Um auf die neuen Anforderungen reagieren zu können, werden wir einen neuen Kinder- und Jugendförderplan aufstellen. Bei der konkreten Ausgestaltung werden wir die Partner auf kommunaler Seite und der Freien Träger einbeziehen.

Zwei Ziele werden uns dabei leiten: Erstens wollen wir die – im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr gute – Infrastruktur stabilisieren, und wir wollen sie wo nötig ausbauen und zukunftsfest gestalten. Zweitens wollen wir die Möglichkeit erhalten zur gezielten Förderung neuer Konzepte und Angebote.

Dafür wird eine solide und zukunftsfähige Finanzierung des Kinder- und Jugendförderplans benötigt. Und wir werden deshalb den KJFP in entsprechender Höhe ausstatten. Ab dem Haushaltsjahr 2019 werden die Mittel dynamisch gegenüber dem Vorjahr aufwachsen, die Förderbereiche werden gestrafft und die Anzahl der Förderpositionen wird reduziert.

Besonders wichtig ist es mir, dass die Infrastruktur gestärkt wird – also vor allem die Jugendverbände, die Träger der offenen und kulturellen Jugendarbeit und die Träger der Jugendsozialarbeit. Ich glaube, sie leisten einen großartigen Beitrag für die gesellschaftliche Entwicklung, und sie sollen überwiegend in den Genuss der Mittelerhöhung kommen.

Damit verbinde ich die Hoffnung, dass es uns gelingt, die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit langfristig als stabilen Faktor im Aufwachsen junger Menschen erlebbar zu machen. Sie sollen ihren Teil dazu beitragen können, dass junge Menschen selbstbestimmt in dieser Gesellschaft leben können.

Ich hoffe auch, dass die Kommunen in NRW diesem Beispiel des Landes folgen und ebenfalls für stabile Förderung der Angebote sorgen. Wir wissen alle, welche Debatten es hier auch vor Ort gibt. Umso wichtiger ist es, dass wir als Land hier auch eine Vorbildfunktion einnehmen.

Ich möchte jetzt nicht im Detail auf die verschiedenen Angebotsformen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sowie deren Bedeutung, Chancen und Ziele in der Zukunft eingehen.

Das können wir besser bei den Gesprächen zur Neuaufstellung des Kinder- und Jugendförderplans diskutieren. Lassen Sie mich aber zwei Punkte herausstreichen, die mir besonders wichtig sind:

Zum einen geht es um das Thema Ganztagsbetreuung. Ich weiß, dass es hier hohe Erwartungen gibt. Ich kenne auch die teils weitgehende Kritik an der bisherigen Ausgestaltung des Ganztags. Und deswegen bin ich mit meiner Ressortkollegin Ministerin Gebauer in Gesprächen, wie wir zusätzliche Plätze und eine verbesserte Qualität in einem ersten Schritt schaffen, so wie wir es im Koalitionsvertrag angekündigt haben. Wir werden keine Wunder bewirken können, aber wir wollen Schritt für Schritt den Ganztags qualitativ und quantitativ verbessern.

Gleichzeitig werden wir die Teilnahmeregelungen flexibilisieren. Dabei werden wir darauf achten müssen, dass keiner der Beteiligten in den Ganztagschulen überfordert wird.

Wir wollen mehr Multiprofessionalität bei der Ausgestaltung der Ganztagschule ermöglichen.

Dabei geht es uns darum, dass Familien unterstützt, Lehrer entlastet, aber auch für die Kinder und Jugendlichen alternative Bildungsangebote aufgezeigt werden.

Dabei setze ich auch auf die noch stärkere und systematische Einbindung außerschulischer Bildungspartner in die Ganztagschule – insbesondere aus der Kinder- und Jugendhilfe.

Insgesamt geht es darum, langfristig sichere und gute Ganztagsbildung zu gewährleisten.

Dafür brauchen wir größere Anstrengungen von allen Partnern: Von den Schulen, von den Kommunen, von den Trägern und eben auch vom Land.

Klar ist aber auch: Eine ausreichende Anzahl von Plätzen mit guter Qualität im Rahmen eines definierten Rechtsanspruchs wird es nur geben, wenn es uns gelingt, den Bund mit ins Boot zu bekommen. Und insofern sind wir glaube ich auch alle gespannt, wie die Verhandlungen in den kommenden Wochen sich entwickeln werden.

Besonders wichtig bleiben wird in der Jugendpolitik für mich das Thema Jugendbeteiligung. Eine starke Demokratie ist ja nichts Selbstverständliches. Dafür müssen wir etwas tun.

Was eine starke Demokratie vor allem auch braucht, das ist eine demokratiebegeisterte junge Generation als Motor. Bei mir ist es beispielsweise die Bezirksschülervertretung gewesen, die mich für mein politisches Engagement motiviert hat. Und um diese Begeisterung entwickeln zu können, braucht es Beteiligung von Anfang an. Sich beteiligen zu können, ist für Kinder und Jugendliche von zentraler Bedeutung für ihre politische und für ihre soziale Integration.

In der vergangenen Legislaturperiode gab es dazu deshalb auch einen intensiven Arbeitsprozess von Politik und Jugendorganisationen. Die Quintessenz aus diesem Arbeitsprozess ist für mich, dass wir ein unabhängiges und direkt gewähltes Landes-Jugendparlament brauchen. Das haben wir auch so im Koalitionsvertrag festgehalten.

Auf diese Entwicklung freue ich mich. Und ich werde mich hier und beim Thema Beteiligung insgesamt auch weiterhin mit den Landesorganisationen der Kinder- und Jugendarbeit austauschen. Das ist für mich selbstverständlich.

Ich habe Ihnen jetzt auch mit der nötigen zeitlichen Ausführlichkeit – aber ich denke, das gehört am Anfang dazu – die Eckpunkte zur Familien-, Kinder- und Jugendpolitik in den Grundzügen so dargestellt, wie es zu diesem Zeitpunkt möglich ist. Aber ich denke, an dieser Ausführlichkeit können Sie schon erkennen, wie wichtig uns diese Themenfelder sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal betonen: Es gab ja den Kommentar zu Beginn dieser Legislaturperiode: „Der Kindergartenminister als stellvertretender Ministerpräsident.“ Und ich habe darauf gesagt: „Ja, daran können Sie erkennen, dass für uns dieses Thema von ganz besonderer Bedeutung ist.“ Und das ist für uns auch ein klares Signal für die Wertigkeit dieses Themenfelds.

Ich hoffe, dass wir gemeinsam hier sprechen können über das, was die Kinder, was die Jugendlichen, was die Familien bewegt. Auch aus der Erfahrung – der Ausschussvorsitzende Wolfgang Jörg hat es ja vorhin auch angedeutet – der zwei Jahre, die ich hier diesem Ausschuss angehört habe, wäre ich froh, wenn wir es schaffen würden, in erster Linie nicht die Schlachten der Vergangenheit zu schlagen und darüber zu diskutieren, wer wann zu wenig in welchem Förderprogramm eingestellt hat, und das dann in einem permanenten Ping-Pong endet – sondern dass wir gemeinsam nach vorne blicken und schauen, wie wir für die Kinder, für die Jugendlichen und für die Familien gemeinsam hier in Nordrhein-Westfalen Politik machen.

Ich möchte Sie jedenfalls herzlich dazu einladen. Und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!